Sonnabend, 20. Oktober 1923. **Einzelnummer 5000 Mark.** 62. Jahrgang. **Nr. 239.**

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 105 000
in den Ausgabestellen 107 000
durch Zeitungsboten 108 000
am Postamt inkl. Postgebühren ... 115 800
ins Ausland 150 000 poln. M.
in deutscher Währ. nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 3000.— M. Reklameteil 5000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 3000.— p. M. Reklameteil 7500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Das Vertrauensvotum für das Kabinett Witos.

(Warschauer Sonderbericht des „Posener Tageblattes.“)

Die Regierung will bekanntlich aus Sparsamkeitsrücksichten nicht nur das Post- und Telegraphenministerium, sondern auch das Ministerium für öffentliche Gesundheit auflösen. In der Sejmsitzung am Mittwoch wandte sich der Abg. Weinzieher vom jüdischen Klub gegen die Absicht der Auflösung des letzteren Ministeriums. Die Aufgaben, die früher dem Ministerium oblagen, fielen dann den autonomen Verwaltungen zu, die auch ihre Beamten haben müßten, weshalb von einer Ersparung nicht die Rede sein könne, und zudem hätten diese Beamten dann nicht die nötige Erfahrung. Der Nationaldemokrat Kozłowski, der für die Aufhebung eintrat, gab zu, daß das Gesetz eine gewisse politische Bedeutung habe. (Bekanntlich wird es von seiten der Linken bekämpft, weil es die Handhabe gibt, sich einer großen Zahl politisch unliebsamer Beamten zu entledigen.) Die Weiterberatung des Gesetzes wurde vertagt.

In dritter Lesung wurde hierauf die Erhöhung der Raten der Grundsteuer um das 15fache, für Steuern von mehr als einer Million um das 20fache, mit 166 gegen 152 Stimmen in namentlicher Abstimmung angenommen.

Es wurde dann, wie schon berichtet wurde, wieder die Diskussion über die Reden der Minister Witos und Kucharski aufgenommen. Es lagen zwei Entschließungen vor. Die eine im Namen der Wyzwolenie lehnt das Vertrauen für die Regierung ab. Die andere, die von den Regierungsparteien unterzeichnet ist, spricht dieses Vertrauen aus.

Chądzyński von der Nationalen Arbeiterpartei hielt eine stark gegen die Regierung gerichtete Rede, in der er ebenso wie die anderen Redner der Linken dies bereits taten, die schlimme Lage schilderte, die eingetreten ist, seit die jetzige Regierung an die Spitze des Staates getreten ist. Viel Neues brachte er nicht vor. Er tadelte, daß man spare, indem man die Emigrationsattachés in Paris, Berlin und anderen Städten zurückziehe, während allein nach Frankreich eine Auswanderung von 250 000 Personen stattfand, und diese somit ihres Schutzes beraubt seien. Dagegen wurde das Gesetz für die Arbeitslosenversicherung, das während des Sommers so viele Sitzungen zur Beratung nötig machte, von der Mehrheit begraben. Und gerade dieser Mangel an Versicherung zwingt doch den Arbeiter zur Auswanderung. Aber er zögerte keinen Augenblick damit, im Stile der äußersten Chauvinisten der Regierung Vorwürfe darüber zu machen, weil sie die Liquidationen deutschen Eigentums, also die Vertreibung der Besitzer von ihrem Eigentum, nicht schnell genug betreibe! Dann warf er der Regierung vor, daß sie die wichtigste Frage für Polen, nämlich die für einen freien Hafen Danzig zu sorgen, vernachlässigt habe. Der Weg der direkten Unterhandlungen mit Danzig trage daran die Schuld. (Also demnach ist dieser Arbeiterführer, wenn er die Verhandlungen ablehnt, wohl für die von der Rechten vor einigen Monaten befürwortete, und jetzt glücklicherweise auch bei ihnen nicht mehr in Frage kommende Methode der nackten Gewalt?) Außer daß der Senat nun seine kleinen Schikanen lasse, habe man nichts von Danzig erreicht.

Nach einer Mittagspause sprach der deutsche Abgeordnete Utta. Die jetzige Mehrheit gehe lediglich auf den Wunsch zurück, den Kampf mit den Minderheiten zu führen. Sie wolle die Verfassung stürzen und ebenso die internationalen Verträge. Die Regierung verteidigt nur die Interessen der ihr angehörenden Parteien. Kredite werden nur für polnische Industrielle gegeben, und wer den Mut hat, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen, wird vergeblich auf Kredite warten. Das Volk verlor das Vertrauen zur Regierung, weil sie Rassenhaß verbreitet, und sie fördert die Willkür der Beamten gegen die Angehörigen der Minderheiten. Die Regierungsmehrheit hat keine Mehrheit im Volke. Die Erklärungen des Ministerpräsidenten gegen die Minderheiten sind unbegründet. In Genf traten nur die aus Polen Ausgewiesenen auf, die von Ort zu Ort in der Fremde herumirren. Und es ist nicht die Schuld der Minderheiten, sondern der Politik Polens, daß die Minderheiten in Genf auftraten. Der Schutz, den die Verfassung in Polen bietet, ist zu erkennen an der Art, wie die Regierung den Deutschen und den deutschen Verbänden gegenüber vorging. Im Prozeß gegen den Deutschtumsbund stützte sich der Minister auf völlig falsche Daten. „Der Außenminister klagte die Mitglieder des Bundes öffentlich an, wofür wir ihn zur Verantwortung ziehen werden. Man hält Haussuchungen in privaten Wohnungen, sogar von Abgeordneten, ungesetzlicherweise ab. In Oberschlesien überfallen die Aufständigen-Organisationen die ruhige deutsche Bevölkerung. In Kattowitz werden Personen, die deutsch sprechen, verprügelt. Im Parzellierungsgesetz wird eine Politik der Rache der Ansiedlungspolitik gegenübergestellt. Die Verhetzungsarbeit aber ist lohnend, weil die Güter der deutschen Kolonisten als Lohn winken, und die damit Belohnten außerdem noch einen Kredit von 2 Milliarden Mark für 30 Jahre zu 6 Prozent erhalten. Das ist, was den Staatsschatz zerrüttet. Am schmerzlichsten aber ist die Schulfrage. Nach der Verfassung haben die Eltern das Recht, die Kinder in der Muttersprache unterrichten zu lassen. Aber in den Schulen werden sie gezwungen, sich in polnischer Sprache den Unterricht erteilen zu lassen. Die evangelischen Kinder werden gezwungen, dem polnisch-katholischen Unterricht zu folgen. Unser guter Wille wird verachtet. Es macht uns keine Freude, an die internationalen Einrichtungen zu appellieren, und unser Wunsch ist es, daß die Regierung diese Angelegenheiten selbst regelte. Ich antworte auf eine Frage des Abgeordneten Chądzyński, daß wir Deutsche niemals versucht haben, den polnischen Arbeitern oder Bauern ihre Güter zu rauben und sie ins Ausland zu vertreiben. Die deutschen Bürger, die für das Wohl des Staates alles zu opfern bereit sind, haben das Vertrauen zu dieser Regierung verloren. Die Regierung beharrt bei ihren Auslegungen des Versailler Vertrages, obgleich der Völkerbund und das Haager Schiedsgericht eine ganz andere Interpretation gegeben hat. Das erniedrigt die Würde Polens. Im letzten Aufruf der Regierung sind Insinuationen enthalten, die unangenehme und ernste Folgen haben können. Das Ablassen vom Chauvinismus muß der erste Schritt zur Herbeiführung anderer Verhältnisse sein. Aber diese Regierung ist unfähig, diesen Schritt zu tun.“

Dąbski, der Führer der aus der Piastenpartei ausgetretenen Gruppe, sprach witzig, eindringlich und scharf. Aber es war auch für diesen gewandten Politiker nicht mehr möglich, nun noch neue Gesichtspunkte zu finden, nachdem so zahlreiche Redner vor ihm das Gebiet erschöpft hatten. Er sagte, daß er ganz gut begreife, warum der Außenminister Seyda die Presse nicht liebe, die es wage, die Wahrheit zu sagen, und nun zählte er alle die bekannten Mißerfolge der Regierung in der Außenpolitik auf. Sehr witzig und unter dem Gelächter des Hauses sagte er anläßlich der Durchführung der Parzellierungen: die einzige Parzellierung, die Herrn Witos geglückt sei, sei die seiner eigenen Partei. Ganz amüsant war es, wie er die Verhaftung des übrigens kranken Obersten Jlinicz schilderte, der später wieder freigelassen wurde. In seiner Wohnung fand man folgende verdächtigen Bücher: Kautsky über Marx, Radziszewski über die Finanzen, Lypacewicz über die polnische Mark und Piłsudskis Erinnerungen an Gabriel Narutowicz! Auch seine Gruppe verweigert, wie vorauszusehen war, der Regierung das Vertrauen. Er verlangt den Rücktritt der Regierung.

Ministerpräsident Witos, der nun das Wort ergriff, war außergewöhnlich schwach. Die Regierung werde trotz allen Geschreis an ihrem Programm: „Sparsamkeit und Vergrößerung der Staatseinnahmen“ festhalten. Die Linke aber habe überhaupt kein Programm. Und wenn die Linke heute an der Regierung säße, würde sie auch nichts anders machen können, als die jetzige Regierung. Im übrigen war seine Rede, die im Unterhaltungstone vorgetragen wurde, ziemlich schwach. Auch wußte der Ministerpräsident bereits, daß seine Regierung bei der Abstimmung gesichert sein würde. Nur einmal gab es einen allerdings recht wilden Lärm. Ein Abgeordneter rief Witos zu: „Sprechen Sie doch von den letzten Verhaftungen!“, worauf Witos zur Antwort gab: „Die letzten Verhaftungen haben noch lange nicht stattgefunden, es werden noch viele folgen!“ Diese Worte riefen große Erregung hervor, die sich dann in wilden Zwischenrufen äußerte.

Es wurde nun die Dringlichkeit sämtlicher Anträge angenommen, die in Bezug auf die Katastrophe gestellt worden waren und in welchen bekanntlich von der Linken die Einsetzung einer neungliedrigen Untersuchungskommission erlangt wird. Abgelehnt wurde dagegen die Dringlichkeit eines Antrages der Deutschen. Er stellt fest, daß trotz der Entscheidungen des Völkerbundes die Behörden die alte Praxis fortsetzen, und verlangt, daß die Regierung die Durchführung der in der Entscheidung festgelegten Grundsätze auch praktisch zur Anwendung bringe. Die Dringlichkeit wurde nur von den Sozialisten und den Gruppen der Minderheiten unterstützt. Alle übrigen Gruppen, also auch die „Wyzwolenie“, von der doch wenigstens hier und da ein Mitglied es wagte, sich für die Rechte der Minderheiten einzusetzen, wollten von der Dringlichkeit nichts wissen oder fürchteten sich, an diese Materie heranzutreten.

Nun sollte es sich entscheiden, ob die Regierung bleibe oder nicht. Es wurde zunächst die negative Vertrauensfrage gestellt. Hierbei erhielt die Regierung 211 Stimmen, die Gegner brachten 189 auf, also eine Mehrheit von 22 Stimmen. Bei der Abstimmung über die positive Vertrauensfrage war das Verhältnis 208 gegen 191, die Regierung büßte also hier einige Stimmen ein. Ein genaues Bild über die Lage gibt auch diese Abstimmung nicht, da im ganzen etwa 40 Abgeordnete fehlten.

Die nächste Sitzung des Sejm findet am Dienstag statt.

Der Aufruf der Regierung und das Verbot des „Kurjer Polski“.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.“.)

Der „Kurjer Polski“, ein Blatt von großem Rufe in der Außenpolitik, dank seinem vorzüglichen Mitarbeiter Rosner, wohl das wichtigste und verständnisvollste Organ ganz Polens, ist für einen Tag beschlagnahmt gewesen. Was war geschehen? Das Blatt hatte sich den Witz erlaubt, zu behaupten, die Regierung habe sich gegen die Artikel 263, 129 und 305 des Strafgesetzbuches versündigt. Diese Artikel, in deren Maschen sich schon manche oppositionelle Zeitung gefangen hat, setzen zum Teil recht empfindliche Strafen dafür fest, daß jemand sich erlaubt, vor Abschluß eines Gerichtsverfahrens schon Beschuldigungen auszusprechen. Ferner gegen die Verbreitung von Unruhe unter den Massen, besonders dadurch, so sagen die Artikel, wenn jemand durch Verbreitung falscher Nachrichten dazu beiträgt, Haß und Unruhe in das Publikum zu tragen. Die Wirkung, die die verbotene Nummer des „Kurjer Polski“, von denen immerhin eine große Zahl von Exemplaren in die Leserkreise und vor allen Dingen in die Hände der Abgeordneten gelangte, war eine außerordentlich starke. In allen Klubs der Minderheiten wurden die Worte des Aufrufs sofort eifrig, zum Teil auch leidenschaftlich, diskutiert, und das Ergebnis waren die verschiedenen Interpellationen an die Adresse der Regierung, über die wir bereits berichtet haben. Der „Kurjer Polski“ aber druckt in seiner Nummer vom 17. Oktober ruhig noch einmal den inkriminierten Artikel ab, und begleitet ihn zudem mit einigen neuen saftigen Worten an die Adresse der Regierung. Es wird sich ja nun erweisen müssen, ob die Regierung auf der rechten Fährte war, als sie schon einige Stunden nach der Katastrophe öffentlich mit Sicherheit ein Verbrechen annahm, und gleichzeitig einige Worte in dem Aufruf mit einfließen ließ, die von den Minderheiten, vor allem von den Juden und den Deutschen, obgleich sie nicht genannt wurden, als eine zwischen den Zeilen zu lesende Anklage gegen sie aufgefaßt werden konnte. Auch die nun in übergroßer Zahl vorgenommenen Verhaftungen, die sich vielfach gegen Sozialisten richteten, entspringen dieser von der Regierung festgehaltenen Ansicht, daß nicht Selbstentzündung des Pulvers die Ursache der Katastrophe war, sondern ein kommunistischer Anschlag. Der Sozialist Pragier hat im Sejm mit scharfen Worten diese Verhaftungen getadelt und hervorgehoben, daß schon am nächsten Tage 150 Personen wieder freigelassen werden mußten. Inzwischen kommen aus den verschiedenen Städten der Provinz Meldungen über weitere Verhaftungen. In Lemberg mußten 70, in Posen 20 Personen daran glauben usw. Auch wurden, wie Pragier sagte, 7 Gewerkschaftsbureaus geschlossen. Man kann sich denken, daß bei der augenblicklichen Gärung unter den Arbeitern, infolge der Teuerung, diese Handlungen nicht gerade beruhigend wirken, und daß sie der Regierung ernsthaften Schaden bringen könnten.

Pressemaßregelungen.

Aus Krakau wird gemeldet: Die Staatsanwaltschaft hat heute vier Krakauer Blätter wegen einer Kritik des letzten Aufrufs der Regierung konfisziert. Es sind dies: „Czas“, „Kurjer Codzienny“, „Naprzód“ und „Nowa Reforma“

Ein Parteitag der Deutschen Arbeiterpartei in Lodz.

Am vergangenen Sonnabend und Sonntag fand in Lodz der erste Parteitag der „Deutschen Arbeiterpartei“ statt. Erschienen waren 54 Delegierte aus allen Teilen Polens, wobei jeder einzelne Delegierte 200 stimmberechtigte Mitglieder der Deutschen Arbeiterpartei vertrat.

Abg. E. Zerbe eröffnete den Parteitag im Namen des bisherigen Vorstandes der D. A. P. und nahm die Wahlen der Leitung des Parteitages sowie der Mandatsprüfungskommission vor. Es wurden gewählt: 1. Abg. E. Zerbe und Delegierter Kittel-Pabianice als Vorsitzende, 2. Stadtverordneter Otto Graß und die Delegierten Weggi-Tomaschow, J. Richter-Lodz, Walter-Pabianice, Stangenwald-Lodz und R. Schultz-Ruda als Beisitzer und zugleich Schriftführer. Nachdem so der Parteitag konstituiert war, ergriff als erster Redner Abg. A. Kronig das Wort und sprach über den Geschäftsbericht der Partei sowie deren Ziele und Aufgaben für die Zukunft. Abg. E. Zerbe erläuterte dann das Parteiprogramm eingehend und brachte folgende Entschließung ein, die einstimmig angenommen wurde: „Die D. A. P., obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und nach wie vor bereit, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die D. A. P. sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder, insbesondere mit denjenigen der Republik Polen.“

Über die Frage der Organisation der D. A. P. sprach daraufhin wieder Abg. Kronig, ebenso über den Zusammenschluß aller deutschen sozialistischen Parteien in Polen. Es wurde beschlossen, so bald als möglich eine zwischenparteiliche Kommission aller deutsch-sozialistischen Parteien Polens mit dem Sitz in Kattowitz zu bilden, und zwar auf solcher Grundlage, daß sämtliche einzelnen deutschen Parteien ihre volle Selbständigkeit wie bisher beibehalten.

Zur allgemeinen Taktik und gegenwärtigen Lage sprach alsdann Abg. E. Zerbe ausführlich und brachte zum Schluß eine Entschließung ein, die nach längeren Debatten mit einigen Verbesserungen angenommen wurde. Über die städtische Selbstverwaltung und die Pressefrage sprach Stadtverordneter L. Kuk, der seine Rede mit der Verlesung einer Entschließung über die Schaffung eines einheitlichen Selbstverwaltungsgesetzes für ganz Polen schloß, die von den Versammelten einstimmig angenommen wurde.

Nachdem Abg. Kronig noch über die Minderheitenfrage in Polen sowie über die Gewerkschaftsfrage referiert hatte und ferner das gesamte Krankenkassenwesen eingehend behandelt worden war, schritt man zur Neuwahl des Hauptvorstandes der D. A. P. für ganz Kongreßpolen sowie der Kontrollkommission der D. A. P. für das gesamte Gebiet. Die geheime Zettelwahl zeitigte folgende Resultate: Hauptvorstand: Abg. E. Zerbe-Lodz, Abg. A. Kronig-Lodz, Stadtv. O. Seidler-Lodz, Deleg. Kittel-Pabianice, Deleg. Waggi-Tomaschow, Deleg. Klink-Lodz, Stadtv. L. Kuk-Lodz, Deleg. Voß-Ozorkow, Deleg. J. Richter-Lodz, Stadtv. R. Filbrich-Lodz, Deleg. Stangenwald-Lodz, sowie je ein Delegierter aus den Städten Zgierz, Zdunska-Wola, Ozorkow und Tomaschow. Kontrollkommission: Stadtv. Otto Graß-Lodz, Deleg. G. Güttler-Lodz, Krankenkassenrat Walter-Pabianice, Deleg. Hunger-Pabianice, Deleg. Müller-Tomaschow und als Ersatzmänner: Deleg. Hegenbart-Pabianice. Deleg. Schrapp-Zgierz.

Eine bedeutsame Sitzung im schlesischen Sejm.

Der schlesische Sejm beschäftigte sich in seiner Mittwochsitzung mit einer Erklärung des Vizemarschalls Rakowski, der in der Sitzung am 10. Oktober, die er leitete, die in der vorhergegangenen Sitzung unter Leitung des Sejmmarschalls Wolny erfolgte Annahme eines Antrages des deutschen Klubs für ungültig erklärt hatte. Der Sprecher des deutschen Klubs, Abg. von Reitzenstein, wies darauf hin, daß der Vizemarschall Rakowski und seine Freunde dem Sejmmarschall, der damals abwesend war, einfach in den Rücken gefallen seien. Die Annullierung des Ergebnisses der vorhergegangenen Sitzung unter Ausnutzung der Abwesenheit des Marschalls bedeute eine parlamentarische Anarchie. Der Redner fährt fort: „Wenn ein Antrag in diesem Hause gestellt und angenommen ist, so ist er Gesetz geworden. Der Marschall hat dann die Pflicht, dieses Gesetz zu veröffentlichen und es auszuführen. Was aber der Abgeordnete Dr. Rakowski als Vizemarschall unternommen hat, ist mit der Geschäftsordnung des Sejm unmöglich zu vereinbaren. Der Vizemarschall Dr. Rakowski hat widerrechtlich gehandelt. Es ist festgestellt, daß er an demselben Tage, kurz vorher, in seiner Eigenschaft als Vertreter gesagt hat: „Wenn ich den Deutschen einen Streich spielen kann, dann werde ich es tun.“ Deshalb bringen wir zwei Anträge ein: Der schlesische Sejm wolle beschließen: 1. Der Abg. Dr. Rakowski hat in der 61. Sitzung durch Erklärung der Ungültigkeit des in der 60. Sitzung angenommenen Antrages des deutschen Klubs seine Befugnisse als Vizemarschall überschritten. Der Sejm spricht ihm deshalb sein Mißtrauen aus. (Große Bewegung im Zuschauerraum.) 2. Die Erklärung des Vizemarschalls Dr. Rakowski in der 61. Sitzung über die Ungültigkeit der in der 60. Sitzung angenommenen Entschließung betr. den deutschen Schulunterricht widerspricht der Geschäftsordnung. Die Erklärung des Vizemarschalls ist deshalb unwirksam.“ (Abermals große Bewegung im Zuschauerraum.) In der Aussprache über diese Anträge ergriff auch der Sejmmarschall Wolny das Wort. Er sagte: „Das angenommene Gesetz ist eben Gesetz. Da gibt es nichts anderes als das Recht. Die nächste Sitzung konnte das in der vorherigen Sitzung angenommene Gesetz nicht ändern. Die Abstimmung unter Leitung des Dr. Rakowski war unberechtigt, und die Erklärung des Dr. Rakowski ist ungültig.“ An der weiteren Aussprache beteiligten sich unter anderem die deutschen Abgeordneten Pant und Szczeponik, die feststellten, daß Dr. Rakowski von Anfang an gewillt war, die Geschäftsordnung parteiisch zu handhaben. — Die Abstimmung ergab Ablehnung der deutschen Anträge. — Inzwischen aber hatte der Korfanty-Block einen Antrag eingebracht, der indirekt ein Mißtrauensvotum gegen die Geschäftsordnung des Sejmmarschalls Wolny enthielt. **Der Sejmmarschall zog daraus die Konsequenzen: er legte sein Amt nieder.**

Poincaré lehnt Zusammenarbeit mit Deutschland ab.

Über die Unterredung des deutschen Geschäftsträgers in Paris mit Poincaré meldet der Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ folgendes: Die Reichsregierung hat sich noch einmal bemüht, unter Darlegung aller Beweise für den loyalen Verständigungswillen, Poincaré davon zu überzeugen, daß eine **Beratung der beiden Regierungen über die technischen Fragen der Reorganisation im Ruhrgebiet notwendig** sei, wenn nicht die Notlage der Bevölkerung unnötig verlängert werden soll. Es wurden außerdem **Aufklärungen über einige Bedenken** gegeben, die von dem Ministerpräsidenten selbst und von der französischen Presse gegen die Aufrichtigkeit der letzten deutschen Verfügungen geäußert worden sind. Diese Aufklärungen betrafen im besonderen die Aufhebung der Kohlensteuern und die Vorauszahlung eines Dreimonatsgehalts an die Eisenbahner der Pfalz, die tatsächlich stattgefunden hat, aber nur auf eine mißverstandene Verfügung zurückzuführen ist. Die Eisenbahner des Ruhrgebiets habee diese Vorauszahlung nicht erhalten. Über die Berechnung der Kohlensteuern soll der deutsche Geschäftsträger einige schriftliche Notizen zurückgelassen haben, ob aus eigenem Antrieb oder auf Wunsch Poincarés, läßt sich vorläufig nicht sagen. Ein Memorandum der Reichsregierung ist jedoch, wie noch einmal mit aller Bestimmtheit festgestellt werden muß, nicht überreicht worden. Das **Ergebnis** der Unterredung war, wie leider zu vermuten ist, ebenso **negativ** wie vor acht Tagen. Eine bestimmte Erklärung wird vorläufig abgelehnt, da die amtlichen Mitteilungen der beiden Regierungen abgewartet werden sollen. Es besteht aber der Eindruck, daß Poincaré bei der Auffassung bleibt, eine **direkte Verhandlung über die Reorganisation der Wirtschaft im Ruhrgebiet** sei für die französische Regierung **unmöglich**, solange **nicht die Arbeit und der Verkehr tatsächlich wieder begonnen haben.**

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Wiederaufnahme des Postverkehrs.

Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Post- und Telegraphenverwaltung in Düsseldorf führten zu einer Einigung. Die Wachtposten werden beibehalten. die Gebäude der Oberpostdirektion bleiben requiriert und bieten dem Telegraphendienst der Rheinlandarmee Unterkunft. Auch in Essen und Dortmund stehen die Verhandlungen vor dem Abschluß.

Keine Verbindung der Regiebahnen mit den deutschen Strecken.

„Havas“ meldet aus Düsseldorf, daß bei den Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Eisenbetriebes zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet von der französisch-belgischen Regie im Einvernehmen mit Degoutte und Tirard gewisse kategorische Bedingungen gestellt worden sind, die jetzt von der deutschen Eisenbahnverwaltung abgelehnt worden sind, weil hierfür die deutsche Regierung allein zuständig sei. Deshalb werde sich die Regie bis auf weiteres mit einer Verbesserung des Dienstes im besetzten Gebiet begnügen und die Verbindungen mit den übrigen deutschen Bahnen nicht aufnehmen.

Fortsetzung der Besprechungen in Düsseldorf.

Dem Vernehmen nach werden die Besprechungen der Industriellen in Düsseldorf mit General Degoutte fortgesetzt.

Neue Forderungen an die Stadt Essen.

Die Besatzung richtet sich gegenwärtig für einen Daueraufenthalt in Essen ein. Nachdem bereits eine größere Anzahl von öffentlichen Gebäuden, Schulen, Hotels und Privatwohnungen, rund 4000 Zimmer, beschlagnahmt worden sind, ist nunmehr an das Besetzungsamt Essen der Antrag auf Bereitstellung von 310 Wohnungen mit insgesamt 1045 Zimmern gestellt worden. Dazu kommt bei jeder einzelnen Wohnung, die vollständig möbliert sein muß, die Bereitstellung einer Küche und eines Mädchenzimmers. Das Besatzungsamt muß auch für Heizmaterial und für die Beheizung Sorge tragen. Die neuerlichen Anforderungen bedeuten für die Stadt Essen eine ungeheure Last, da es in Essen 20000 Wohnungsuchende gibt und sich diese Wohnungsanforderungen nur auf das Innere der Stadt beziehen. Außerdem sind Stallungen für 380 Pferde angefordert worden. Da nicht genug Stallungen vorhanden sind, ist die Stadtverwaltung genötigt, Neubauten aufzuführen.

Unterbrechung der britischen Reichskonferenz wegen der Reparationsfrage.

Die Londoner Presse vom 16. d. Mts. bestätigt die Meldung, nach der die Reichskonferenz ihre Aussprache über die auswärtige Politik abgebrochen hat, um den alliierten Regierungen und der Reparationskommission Gelegenheit zu geben, zu der neu geschaffenen Lage im Ruhrgebiet und dem belgischen Projekt Stellung zu nehmen.

Die Bedeutung des belgischen Planes.

„Times“ veröffentlichen eine Unterredung ihres Brüsseler Korrespondenten mit dem belgischen Außenminister Jaspar, in der dieser auseinandersetzte, daß die belgische Regierung nie die Absicht gehabt habe, das Ruhrgebiet dauernd besetzt zu halten, sondern stets bemüht gewesen sei, die Ruhrbesetzung durch ein System wirksamer Finanzgarantien zu ersetzen. Die Bedeutung der belgischen Aktion kommt dadurch am besten zum Ausdruck. daß das Kabinett Stresemann durch die Presse erklären läßt, daß sie mit den wesentlichen Teilen des belgischen Vorschlages einverstanden sei. Der belgische Vorschlag, so schloß Jaspar, stelle also zum ersten Mal einen Reparationsplan dar, der nicht nur für die Alliierten annehmbar sei, sondern in gewissem Maße auch die Zustimmung Deutschlands bereits gefunden habe.

„Times“ und „Daily Telegraph“, die sich beide mit den Aussichten des belgischen Vorschlages befassen, kommen zu dem Ergebnis, daß sowohl England wie Frankreich den Vorschlag näher prüfen können, wenn er ergänzt werde durch die Einführung einer sehr strengen interalliierten Finanzkontrolle in Berlin. Die „Times“ stellen in den Vordergrund, dem englischen wie belgischen Finanzplan kein Vertrauen entgegenbringen zu können, solange Deutschland seine Währung nicht auf kursfähige Papierwährung aufbaue. Die „Times“ stimmen daher dem Argument der Regierung zu. wonach die Währungsreform jeder Reparationsregelung vorangehen müsse. Damit aber eine Währungsreform sofort wirksam eingeführt und auch sehr wirksame Finanzgarantien für die Reparationsleistungen geschaffen werden können, sei eben notwendig, daß in Berlin eine interalliierte Finanzkontrolle eingesetzt werde.

Der „Daily Telegraph“, der sich mit den gleichen Einwendungen gegen das belgische Projekt befaßt, kommt zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Sollen die belgischen vorgeschlagenen Finanzgarantien — so lautet die Argumentation dieses Blattes — einen wirksamen Ersatz für die Ruhrbesetzung bilden, so müsse die Ergiebigkeit der für Reparationszwecke reservierten Einnahmequelle des Reiches unabhängig gemacht werden von der Verwaltung der deutschen Regierung an der deutschen Wirtschaft. Sie gemeinsam zu verwalten sei nur möglich, wenn die Verwaltung der Eisenbahn einer straffen interalliierten Kontrolle unterworfen werde.

Die Politik des Generals Smuts.

Daß der Versuch einiger Premierminister der Dominions, England für einen selbständigen gegen Frankreich gerichteten Reparationsplan zu gewinnen, mißlungen ist, geht nicht nur aus den Ausführungen einiger Journalisten hervor, die seit Wochen das Blaue vom Himmel herunter versprochen haben über die Schritte, die Smuts, der Außenminister von Südafrika, unternehmen werde, sondern am deutlichsten aus der Mitteilung, die Smuts seine Vertrauenspersonen in der englischen Presse machen läßt. Wie die „Westminster Gazette“ bestätigt, handelt es sich im wesentlichen um die Grundlage des von Baldwin in der Note vom 11. August vertretenen englischen Reparationsplanes. Dieser Plan ist aber angesichts der gegenwärtigen Lage Deutschlands nach Ansicht von General Smuts nach zwei Richtungen hin noch ergänzungsbedürftig. Deutschland brauchte eine internationale Anleihe, um seine Währung zu sanieren. Es sei aber notwendig, daß der Finanzausschuß wie bei der Sanierung Österreichs beauftragt werde, die Verwendung einer solchen Anleihe in Deutschland zu überwachen. Um ferner die Rheinlandfrage als internationales Problem aus der Welt zu schaffen. hat Smuts in der Reichskonferenz angeregt, daß das Rheinland vom Völkerbund dauernd entmilitarisiert werde. Allem Anschein nach wird Smuts nur von Lord Curzon und dem australischen Ministerpräsidenten Bruce unterstützt, während der rechte Flügel des Kabinetts gegen seine Pläne ist.

Übrigens geht in London das Gerücht, daß General Smuts Deutschland selbst besuchen will.

Um die französische Verfassung.

Präsident Millerand wird jetzt wegen seiner Rede in Evreux von den Zeitungen der Linken heftig angegriffen. Der Präsident hat deutlich eine **Revision der Verfassung als notwendig angekündigt** und diese Absicht vereint Liberale und Sozialisten zur schärfsten Opposition. Die „Ere Nouvelle“ erinnert daran, daß seit Grévy alle Präsidenten der Republik dem Grundsatz treu geblieben seien, daß „der Präsident präsidiert. aber nicht regiert“. Sogar Poincaré habe sich während seiner Präsidentschaft niemals in den Kampf der Parteien gemischt und nie der von ihm gewählten Regierung seinen Willen aufzuzwingen versucht. „Bon Soir“ schreibt: „Wir wollen nicht die Diktatur eines Präsidenten“. „Oeuvre“ nennt die Rede von Evreux eine „Bedrohung der Arbeiter“, „Paris Soir“ eine Verletzung der Verfassung. Die große Mehrheit der anderen Blätter, die fast alle dem nationalen Block ergeben sind, sind mit „Millerands Energie“ zufrieden. Der Chefredakteur des „Matin“, Henri de Jouvenel. sagt, Millerand habe recht gehabt, der Präsident der Republik sei auch jedenfalls über die beabsichtigte Verfassungsrevision mit dem Ministerpräsidenten einig.

Deutsches Reich.

Drohender Konflikt zwischen Sachsen und dem Reich.

Der schon längere Zeit bestehende Konflikt zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung droht sich gefährlich zuzuspitzen. Der unmittelbare Anlaß ist das Verbot der von der sozialistisch-kommunistischen Regierung unterstützten proletarischen Hundertschaften, das vor einigen Tagen das sächsische Wehrkreiskommando auf Grund der ihm durch den Ausnahmezustand übertragenen Vollzugsgewalt erlassen hat. Die sächsische Regierung hat sofort Verwahrung dagegen eingelegt und auch die Leitung des proletarischen Selbstschutzes hat Einspruch gegen das Verbot erhoben und die sächsische Regierung aufgefordert, auch ihrerseits bei der Reichsregierung dagegen energisch Protest zu erheben. Der der kommunistischen Partei angehörende sächsische Innenminister Böttcher hat in einer kommunistischen Betriebsversammlung in Leipzig auch erklärt, es gebe nur noch die Möglichkeit einer roten oder weißen Diktatur. Die proletarischen Hundertschaften und Aktionsausschüsse seien Organe der Arbeiterschaft für den bevorstehenden Kampf.

In der letzten Sitzung des sächsischen Landtages machte der Ministerpräsident Zeigner Mitteilung von einem Schreiben des Wehrkreiskommandanten, des Generals Müller, in der mit bezug auf diese Ausführungen des Innenministers Böttcher eine Erklärung verlangt wird, ob sich das Gesamtministerium mit diesen Ausführungen einverstanden erkläre oder ob es entgegen dem Standpunkt des Innenministers gewillt ist, den Weisungen des Wehrkommandos auf Auflösung der proletarischen Hundertschaften Folge zu leisten. Die Forderung ist befristet. Der Termin für die Antwort lief am Mittwoch ab. Weiter verlangt das Wehrkreiskommando, daß die sächsische Regierung die Erklärung in der Presse veröffentlicht.

Diese Mitteilung des Ministerpräsidenten erregte im Landtag großes Aufsehen und Entrüstung bei der sächsischen kommunistischen Mehrheit. Ministerpräsident Zeigner erklärte unter dem Beifall dieser Mehrheit, daß die sächsische Regierung dem Wehrkreiskommando keine Rechenschaft schuldig sei, noch sei Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Gegenüber der rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generals Müller erklärte die sächsische Regierung, daß sie dem General überhaupt keine Antwort geben werde. Die sächsische Regierung lege gegen diese rechts- und verfassungswidrige Behandlung die schärfste Verwahrung ein und fordere die sächsische Bevölkerung auf, daß sie einem solchen unwürdigen Zustand ein Ende mache, daß gegen links gerichtete Kreise mit solcher Schärfe vorgegangen werde, während gegen Bayern, das heute ein faszistisches Hetzlager darstelle, nichts derartiges geschehe.

In der Debatte betonte auch der demokratische Redner, der sich zwar für die Auflösung der proletarischen Hundertschaften aussprach, daß sich die Reichsregierung um der Einheit der Nation willen nach rechts und links gegen Sachsen, aber auch gegen Bayern durchsetzen müsse. Das Mißtrauensvotum der deutschnationalen Landtagsfraktion gegen die sächsische Regierung wurde mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 45 Stimmen der Bürgerlichen und des Zentrums abgelehnt.

** **Ruhe in Berlin.** Der Mittwoch ist in Berlin im allgemeinen ruhig verlaufen. Im Café „Treffpunkt“ in der Burgstraße erschien ein Haufe Arbeitsloser mit Mädchen und zwangen durch die Drohung, sonst alles demolieren zu wollen, den Inhaber, den gesamten Lebensmittelvorrat des Lokals im Wert von etwa 15 Milliarden Mark, zu verteilen. Am Rathaus herrschte Ruhe. In der Markthalle haben nur wenige Händler ihre Stände geöffnet. Z. T. wurden die Preise von den Händlern um etwa 10 Prozent ermäßigt.

** **Strafe für Viehwucher.** Das Elberfelder Marktgericht trat auf dem städtischen Viehmarkt gegen zwei Viehhändler in Tätigkeit, die wucherische Preise forderten. Gegen einen Händler wurde auf sechs Wochen Gefängnis und 800 Milliarden Mark Geldstrafe erkannt. Der ander Händler erhielt einen Tag Gefängnis und 300 Milliarden Mark Geldstrafe.

* **Roßbach aus der Haft entlassen.** Aus Leipzig wird gemeldet: Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat in einer geheimen Sitzung den Beschluß gefaßt, den ehemaligen Leutnant und Freischarführer Roßbach aus der Haft zu entlassen. Der Gerichtshof scheint davon ausgegangen zu sein, daß keine Verdunkelungsgefahr und kein Fluchtverdacht vorliegt.

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels

(23. Fortsetzung.)

Aber heute? Heute war dieser Mann zynisch und gemein! Könnte es einen einzigen Milderungsgrund geben für seine Worte, dann war es, daß er eben selbst vollkommen gefühllos war und natürlich auch für Bruhns nie etwas empfunden hatte. Aber jetzt hatte er zu vorschnell gehandelt! Nein, so dumm war Johanna nicht! Daß sie nicht durchschaut hätte, wie Wislizenus es wünschte, jetzt leichten Kaufes die Firma in seine Hand zu spielen. Und saß er erst einmal dort in dem Stuhle, dann brachte ihn niemand wieder zum Aufstehen, nicht einmal Silvester Bruhns, wenn er heimkehrte. Sie atmete hoch auf und hatte das Gefühl, daß sie recht hatte.

„Swendholm —“

Jetzt sah sie erst, daß drüben alles schon leer war, und Mutter Weber erschien auch schon auf der Treppe.

„Johannakind, das Essen wird kalt.“

Langsam stieg sie empor. Die Alte beobachtete sie.

„Ja ja, viel Ärger und schwere Zeit, Johannakind.“

Da lachte sie auf.

„Wislizenus hat mir eben einen Heiratsantrag gemacht.“

„Der Alte?“

„Natürlich für seinen Sohn.“

„Ist kein Mann für Sie!“

„Hab' ihn auch abgewiesen.“

Dann war Johanna wieder allein. Ihr war schwer um das Herz, denn sie mußte unentwegt an die Worte des Alten denken: Zwei Wochen gibt Dir die Börse, ich gebe drei Monate! Hatte er recht? Hatte sie in der Tat zu viel auf sich genommen? Schätzte sie Swendholm zu hoch ein? Würden die Geschäftsfreunde des Vaters zu ihr kein Vertrauen haben? Sie verstand nicht; wie konnte ein so fest gegründetes Haus wie das der Bruhns so schnell zusammenbrechen? In dieser Nacht schlief sie fast noch weniger. Sie fühlte, die rauhen Worte des Kaufmanns hatte ihre erste, frohe Zuversicht, ihr Kraftvertrauen in sich selbst gelähmt.

Am Morgen erwartete sie Swendholm mit einem sehr sorgenvollen Gesicht. Es schien ihr, als hätte er eine Träne im Auge.

„Eine neue Hiobspost, Swendholm?“

Er faßte ihre Hand.

„Fräulein Bruhns, seien Sie stark.“

Sie blickte ihn an und sagte tonlos: „Sie haben Nachricht vom Vater?“

„Eben kam ein Telegramm aus England.“

„Geben Sie her.“

Sie riß es ihm aus der Hand.

‚Porfirio Diaz‘ an der englischen Küste bei furchtbarem Orkan gescheitert. Schiff und Ladung verloren. Herr Bruhns wahrscheinlich von einer Welle ins Meer gespült. Andere Mannschaft gerettet. Kapitän Norsen.“

Johanna sank in den Sessel und flüsterte leise vor sich hin: „Meine Ahnung! Meine Ahnung!“

Swendholm stand wortlos vor ihr, er schämte sich nicht, daß er weinte, dann sagte er leise: „Wenn denn das Furchtbare Wahrheit sein sollte, dann ist es so noch gut. Mit dem Tode des Herrn Bruhns sinkt natürlich auch jedes Gerichtsverfahren in sich zusammen. Die Gerüchte werden verebben und —“

Johanna stand auf, auch über ihr Gesicht flossen die Tränen.

„Mein Vater ist tot! Mein lieber, armer Vater ist tot! Jetzt bin ich ganz allein auf der Welt!“

„Ich denke, Sie gehen hinauf, Fräulein Bruhns und suchen sich zu beruhigen.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Nein, Swendholm, wir müssen arbeiten! Nun erst recht. Sagen Sie ehrlich: Können wir die Firma halten?“

„Wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt.“

„Herr Wislizenus hat mir gestern gesagt, daß wir in drei Monaten zusammenbrechen, und daß die Börse —“

„Das hat Wislizenus gesagt?“

„Er wollte mich zwingen, seinen Sohn zu heiraten, wollte mich kaufen!“

Swendholm ging auf und nieder.

„Wislizenus ist allerdings der Mann, bei dem wir die größten Kredite haben.“

„Er ist unser Gläubiger? Mein Vater nahm Kredit in Anspruch?“

„Und der Verlust des ‚Porfirio Diaz‘ mit seiner Ladung ist natürlich ein Schaden von vielen Millionen, der nur ungenügend von der Versicherung gedeckt ist. Ihr Vater hatte Wislizenus abgeschlagen, sich direkt an den Geschäften zu beteiligen, wohl aber hatte er größere Summen von ihm gegen hohe Zinsen genommen.“

„Er kann sie zurückfordern?“

„In drei Monaten.“

„Darum also dieser Termin.“

„Es hat nichts zu sagen, unsere argentinischen Besitzungen sind das Vielfache wert.“

„Können wir diesen Wert in der kurzen Zeit realisieren?“

„Ja, wenn ich selbst hinüberkönnte. Schriftlich ist so etwas schwer.“

„Sie dürfen nicht fort in diesem Augenblick.“

„Ich weiß es selbst. Lassen Sie uns ruhig nachdenken.“

Swendholm versuchte die Absicht, Johanna in Zahlen und geschäftliche Beratungen zu verstricken. So kamen sie beide über die ersten Stunden hinweg.

Am Nachmittage saßen wieder der Staatsanwalt, der Untersuchungsrichter und der Kommissar Wendter zusammen.

„Die Nachricht von dem Untergange des ‚Porfirio Diaz‘ und dem Tode des Herrn Bruhns ist zwar ein neuer Beweis für die Schuld desselben, aber gleichzeitig setzt sie unseren Nachforschungen ein Ziel; denn gegen einen Toten können wir keine Anklage erheben. Natürlich hat er im Sturm Selbstmord verübt. Das einzig Richtige in seiner Lage.“

Die Tür wurde geöffnet.

„Herr Silvio Bruhns und ein fremder Herr.“

„Bitte, — nanu, Doktor Schlüter?“

Der Landgerichtsrat begrüßte den Kriminalisten, der ihm vom Fall Wörland her gut bekannt war. (Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Posen, 19. Oktober.

Die Verhaftungen in Posen.

Unter den nach der Explosion in der Warschauer Zitadelle in Posen Verhafteten befinden sich auch zwei Studenten und eine Studentin. Wie uns aus Studentenkreisen mitgeteilt wird, sind die Verhafteten bis jetzt (Freitag) noch nicht vernommen worden. Auch ist ihnen, obwohl sie schon länger als 48 Stunden in Haft sitzen, bisher kein schriftlicher begründeter Verhaftungsbefehl zugegangen. Auf eine Anfrage der Angehörigen der Verhafteten wurde ihnen von einem Beamten der Wojewodschaft erklärt, die Vernehmung bzw. Freilassung wäre bis jetzt unterblieben, weil die Behörden dazu keine Zeit gehabt hätten. Es darf daran erinnert werden, daß der Art. 97 der Verfassung der Republik Polen lautet: „Beschränkungen der persönlichen Freiheit, zumal Durchsuchung der Person und Verhaftung, sind nur in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen und in der durch Gesetze bezeichneten Weise auf Anordnung der Gerichtsbehörden zulässig. Sofern ein gerichtlicher Auftrag nicht sofort erlassen werden könnte, soll er spätestens binnen 48 Stunden unter Angabe der Gründe der Durchsuchung oder Verhaftung zugestellt werden. Verhaftete, denen nicht binnen 48 Stunden der Grund ihrer Verhaftung schriftlich unter Unterschrift der Gerichtsbehörde mitgeteilt wird, erlangen die Freiheit unverzüglich wieder. Zwangsmittel, welche den Verwaltungsbehörden zur Durchsetzung ihrer Anordnungen zustehen, werden durch Gesetze festgesetzt." — Weder in diesem Artikel noch in anderen Artikeln der Verfassung ist etwas davon gesagt, daß Mangel an Zeit die Behörden berechtigte, die vorgeschriebene Frist von 48 Stunden zu überschreiten.

Versammlung von Spirituserzeugern.

Die Poznańska Spółka Okowiciana (Posener Spiritus-Genossenschaft) hielt gestern, Donnerstag, nachmittag von 4 Uhr ab in den ehemals Stern'schen Sälen (jetzt „Królowej Jadwigi") eine außerordentliche Generalversammlung ab, die von rd. 300 deutschen und polnischen Spiritusproduzenten besucht war.

Nach der Wahl von zwei Urkundspersonen für die Vollziehung der Niederschrift erstattete der Direktor von Lossow den Bericht über die Lage der Genossenschaft. Seine Ausführungen kamen kurz auf folgende Punkte hinaus: die Genossenschaft hat keine Kapitalien besessen und infolgedessen mit nichts angefangen, aber trotz zahlreicher Außenseiter, die sich von ihr absplitterten, gute Erfolge gehabt. Die verschiedenen Außenseiter haben sehr verschiedene Preise für den Spiritus bekommen. Die allgemeine Lage drängt dazu, sich der Außenseiter mit aller Energie und mit allen zulässigen Mitteln zu erwehren. Dem Sejm wird demnächst ein Spiritusmonopolprojekt zur Beratung vorgelegt. Nach diesem würde sich das Kontingent in der Weise verteilen, daß Kleinpolen die Hälfte des ehemals preußischen Teilgebiets und dieses wieder die Hälfte des von Kongreßpolen aufzubringen hat. Im Akwawit hat die Genossenschaft die Oberhand bekommen. Die finanzielle Lage der Genossenschaft ist gut. Nach großen Abschreibungen werden noch 6½—7 Millionen Liter als Gewinn verbleiben. Die Genossenschaft hat einen Brennereilehrlingskursus veranstaltet, der wegen des nicht guten Materials keinen guten Erfolg hatte. 8 Lehrlinge haben die Prüfung bestanden. Das Verhältnis zur Naczelna Organizacja (Oberste Organisation) war nicht besonders gut; es fehlte an der gemeinsamen Kasse. Ein Produzentenverband wurde gegründet, in dem die Spiritusgenossenschaft die Oberhand hat. Als Abschlagszahlung wird von der Obersten Organisation der Gegenwert von 20 Schweizer Cents gezahlt werden.

An den Bericht schloß sich eine sehr umfangreiche Aussprache, in der manches kritische Wort, besonders über das Geschäftsgebaren des Akwawit, fiel, worauf der Direktor des letzteren jedesmal antwortete.

hb.

---

‡ **Wiedereröffnung des polnischen Konsulats in Breslau.** Auf Grund von Verhandlungen zwischen der polnischen Gesandtschaft und dem Auswärtigen Amt hat die Paßstelle des Konsulats in Breslau die Tätigkeit wieder aufgenommen.

✕ **Herrenlose Milliardenwerte.** Von der Polizei in Włocławek wurden gelegentlich von Haussuchungen große Mengen von Silber- und anderen Wertsachen beschlagnahmt, deren Eigentümer noch unbekannt sind. Da die Schloßeinbrecher, von deren Verhaftung wir dieser Tage berichteten, einen großen Teil ihrer Beute nach Włocławek verschoben haben, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Eigentümer der beschlagnahmten Wertsachen in unserem Teilgebiete zu suchen sind. Unter den Silbersachen und den sonstigen Wertgegenständen befinden sich: zwei dreikerzige 50½ Zentimeter große Leuchter mit ovalem Untersatz auf vier Füßen; ein Paar 26 Zentimeter hohe Leuchter; ein Tablett von 21½ Zentimeter Durchmesser; eine Zuckerdose im Rokokostil mit den Zeichen W. C.; eine sechskantige Zuckerdose, auf deren Deckel sich eine Neptunfigur befindet; ein Mahagonikästchen, mit Silber ausgeschlagen, der Deckel aus Mosaik mit der Aufschrift „Karlsbad"; Serviettenringe gez. J. S., K. S., S. M.; eine flache Zigarettendose mit den russischen Buchstaben M. T.; eine Büchse mit einer hebräischen Aufschrift; 8 silberne Löffel ohne Monogramm; 6 mit dem Monogramm M. L., 5 mit den russischen Buchstaben M. T.; Teelöffel mit den Buchstaben N. W., H. K., A. S., M. T.; eine Perlenschnur; goldene Ohrringe mit Diamanten; ein Paar glatte Ohrringe mit Perlen; eine Brosche aus 5 silbernen Kopeken; ein Paar silberne Manschettenknöpfe mit den Buchstaben W. S.; ein Paar Manschettenknöpfe mit der Aufschrift „Kaukas"; verschiedene russische, finnländische, deutsche, amerikanische, schwedische und rumänische silberne Geldstücke; zahlreiche goldene Herren- und Damenuhren; goldene Phantasie- und Trauringe, darunter mehrere altertümliche aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts. Nähere Auskunft erteilt die Polizei in Włocławek und die Kriminalpolizei in Posen, Zimmer 3.

✕ **Große Diebstähle.** Gestohlen wurden gestern: aus einer Gastwirtschaft am Alten Markt der Winterüberzieher eines Gastes im Werte von 10 Millionen Mk.; aus einer Wohnung der ul. Wielka 17 (fr. Breitestr.) Leib- und Bettwäsche im Gesamtwerte von 47 Mill. M.; aus einem Garten an der Bogdankastraße für 1 Million Mk. Birnen; aus einer Wohnung in der ul. Małeckiego 38 (fr. Prinzenstraße) für 2 Millionen Mk. Wäsche.

✕ **Wem gehört das Pferd?** Am 29. September ist von der Polizei in Lodz eine mittelgroße, etwa 8jährige Stute mit weißen Hinterfesseln, einem Stern auf der Stirn, mit ziemlich stark gebogenem Kreuz angehalten worden, die zweifellos aus einem Diebstahl stammte. Vermutlich ist sie in der hiesigen Gegend gestohlen worden. Auskunft erteilt die Lodzer Polizei unter Nr. 12 819 oder die Posener Kriminalpolizei Zr. 3.

✕ **Von der Polizei angehalten** wurde hier gestern ein Mann aus Lodz mit einem großen Posten Herren- und Damenwäsche, die er hier ehrlich erworben haben will, die er aber zweifellos gestohlen hat; darunter befinden sich mehrere Oberhemden. Die Wäsche kann im 2. Polizeikommissariat in der Wielkie Garbary 27 (fr. Große Gerberstraße) besichtigt werden.

✕ **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 8 Dirnen und 5 Betrunkene.

---

* **Berent**, 18. Oktober. Bürgermeister a. D. Partikel begeht am 19. d. Mts. seinen 80. Geburtstag. Weit über 30 Jahre hat der greise Jubilar als Stadtoberhaupt von Berent segensreich gewirkt. Im Laufe seiner langen Wirkungszeit hat die Stadt in verschiedenster Hinsicht einen wirtschaftlichen Aufschwung und trotz mancherlei Ungunst eine blühende Entwicklung erfahren. Der Graudenzer Rechtsanwalt Fritz Partikel ist ein Sohn des Jubilars. Kurz vor dem Weltkriege trat Bürgermeister Partikel nach langen Jahren segensreicher Arbeit in den Ruhestand über. Vertretungsweise übernahm er während des Krieges für kurze Zeit noch zweimal seine alten Ämter.

* **Krotoschin**, 18. Oktober. Der Dienstagmarkt war seit langem ein großer Markttag. Es gab alles in reichem Angebot, so auch Kartoffeln, die 120 000 Mk. und mehr der Zentner kosteten. Butter kostete 150 000 Mk. das Pfund, Eier 100 000 Mk. die Mandel. Auch Weißkohl gab es viel zu 500 000 Mk. und weniger der Zentner. Geflügel war sehr teuer, wurde aber viel gekauft. — Der Starost des Kreises Krotoschin gibt bekannt, daß verschiedene Personen, die Anträge in deutscher Sprache an polnische Behörden stellen, noch die früheren deutschen Titel, wie Landratsamt, Distriktskommissar, Bürgermeister, Kreisausschuß, Steueramt usw. anwenden. Er weist darauf hin, daß diese Ämter nicht mehr existieren, und daß die Namen der Ämter ohne Rücksicht auf die Sprache ihrer amtlichen Beziehung nach, polnisch angegeben werden müssen.

* **Neutomischel**, 17. Oktober. Der hiesige Männer-Turnverein feierte am Sonntag sein 27jähriges Stiftungsfest, das im Vereinslokal von Olejniczak abgehalten wurde. Zu dem Fest waren auch zahlreiche Damen und Herren vom Turnverein aus Posen erschienen.

□ **Rogasen**, 19. Oktober. Zu der Mitteilung des Butterpreises in Nr. 237 dieses Blattes, bittet uns der Molkereiverwalter Hatje bekannt zu geben, daß der Butterpreis in der hiesigen Molkerei damals nur 120 000 Mk. betrug, nicht, wie angegeben, 190 000 Mark. Es handelt sich auch nur um einen durch eine undeutliche Zahl verursachten Druckfehler. Erst heut beträgt der Preis in der Molkerei 140 000 Mk.

---

* **Danzig**, 18. Oktober. Die angebliche Familientragödie, die sich, wie berichtet, vor einigen Tagen in Langfuhr-Johannistal abgespielt hat und der der Hauswart Froese und seine Tochter zum Opfer gefallen sind, hat sich nunmehr als ein Unglücksfall herausgestellt. Es ist festgestellt, daß die Vergiftungserscheinungen von Kohlenoxydgas herrühren und auf eine unsachgemäße Behandlung der neben der Wohnung gelegenen Heizungsanlage zurückzuführen sind. Frau Froese ist einigermaßen wiederhergestellt und bestätigt diese Feststellungen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

M. T. in B. 1. Sie brauchen für Ihren Sohn nur die Einreisegenehmigung bei Ihrem Starosten nachzusuchen; diese wird zweifellos gewährt werden, da Ihr Sohn polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität ist. 2. Es steht Ihnen frei, gegen die Maßnahme des Distriktskommissars Einspruch beim Starosten zu erheben.

O. W. G. Jeder Miterbe, also auch Ihre Geschwister in Deutschland, hat das Recht, den Verkauf der väterlichen Wirtschaft zu fordern. Einem Erwerb der Wirtschaft durch Sie steht kein Hindernis im Wege. Sie haben das Recht, für Ihre der Wirtschaft geleistete Arbeit eine Entschädigung zu verlangen. Ihre Zustimmung zu dem Verkauf an eine direkte Person ist erforderlich. Das Vorkaufsrecht können Sie nicht erwerben.

Spenden für die Altershilfe.

K. Z. (18. Rate) Hos. 2, 8 u. 9	250 000.— M.
Vortrag aus Nr. 236 . . .	509 000.— „
	759 000.— M.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Handel und Wirtschaft.

Geldwesen.

≡ **Die T-Mark in Deutschland.** Mit Wirkung vom 15. Oktober 1923 an wird das gesamte deutsche Bankgewerbe, und zwar sowohl die privaten Firmen als auch die Reichsbank, seine Zuflucht zur T-Mark nehmen. Diese neue Markart hat leider noch nichts mit der herbeigesehnten Goldwährung zu tun, sondern ist lediglich der tausendfache Betrag der alten Papiermark, nämlich die Tausend-Mark, abgekürzt TM. Die letzten drei Ziffern einer Marksumme, die wegen der bereits durchgeführten Abrundung auf volle 1000 Mark stets drei Nullen sind, werden nicht mehr geschrieben und gebucht; an Stelle der fortgelassenen drei Nullen tritt die Bezeichnung TM. Die Banken haben sich vorbehalten, diejenigen Beträge, welche ihnen noch in der alten Form aufgegeben werden, in TM. abzuändern und auszuführen. Nachteile, die aus der Nichtanwendung der T-Mark sich ergeben, sollen zu Lasten des Kunden gehen.

Von den Aktiengesellschaften.

Waggon Ostrowo T. A. Die Waggon- und Maschinenfabrik L. Zieleniewski in Krakau gibt bekannt, daß auf Beschluß der Generalversammlung vom 12. Mai 1923 die Firma „Waggon" in Ostrowo von ihr erworben ist. Aus diesem Grunde wird bekanntgemacht, daß die Aktionäre der Firma „Waggon" das Recht haben, Mitteilhaber der Firma Zieleniewski zu werden. Zu diesem Zweck werden die Aktien der Waggon in Ostrowo in Aktien der Firma Zieleniewski umgetauscht werden. Für 6 Aktien zu 1000 Mkp. nom. der „Waggon" wird eine Aktie zu nom. 1000 Mkp. von Zieleniewski ausgegeben werden. Der Termin zum Umtausch läuft am 15. November 1923 ab.

Zuckerfabrik Kujawien T. A. in Janikowo. Die Generalversammlung findet am 6. November 1923, vorm. 11 Uhr, im Hotel Basta in Inowrocław (Hohensalza) statt.

„Galwana" T. A. in Bromberg. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 22. 9. 1923 ist das Aktienkapital um 600 Millionen auf 700 Millionen Mkp. erhöht worden (IV. Emission). Die alten Aktionäre erhalten auf jede alte Aktie 4 junge zum Kurse von 1000 Proz. und 2 junge zum Kurse von 1800 Proz. Die jungen sind ab 1. 1. 1924 dividendenberechtigt. Aktionäre, die das Bezugsrecht auszuüben gedenken, müssen sich an folgende Banken wenden: Bank Związku Spółek Zarobkowych in Bromberg, Bank M. Stadthagen und Polski Bank Krajowy in Bromberg. Das Bezugsrecht erlischt am 2. November 1923.

„Plon" T. A. (früher Wolff Schmul in Janowitz) in Posen. Die Generalversammlung findet am 10. November 1923, mittags 12½ Uhr, in den Geschäftsräumen der A.-G. in Posen, ul. Fredry Nr. 3, I. statt. Gleichzeitig gibt die Gesellschaft bekannt, daß die Aktien III. Emission fertiggestellt sind und bis zum 15. November 1923 abgeholt werden müssen.

Wielkopolska Wytwornia Chemiczna T. A. in Posen. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 9. Oktober 1923 ist das Aktienkapital um 410 Millionen Mkp. auf 950 000 000 Mkp. erhöht worden durch Ausgabe von Aktien VI. Emission, die ab 1. Oktober 1923 dividendenberechtigt sind. Die alten Aktionäre erhalten auf je zwei alte Aktien eine junge zum Kurse von 2500 Proz. und auf je 4 alte eine junge zum Kurse von 5000 Proz. Das Bezugsrecht erlischt am 3. November 1923. Es kann in den Dienststunden der Gesellschaft om 9 bis 1 Uhr ausgeübt werden.

„Batory" T. A. Zigarrenfabrik in Rawitsch. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 6. Oktober wird den Aktionären eine Dividende von 100 Proz. für das Geschäftsjahr 1922/23 ausgezahlt. Die Auszahlung übernimmt die Bank Centralny in Posen.

H. Cegielski T. A. in Posen. Die diesjährige Generalversammlung findet am 19. November 1923, vorm. 11 Uhr, im Sitzungssaal der Bank Związku Spółek Zarobkowych statt. (Kapitalserhöhung auf 6300 Millionen. (M. P. 236.)

Młyn w Miasteczku T. A. in Miasteczko, Kreis Wirsitz. Mit notariellem Akt vom 7. 8. 1923 ist obige Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 1 Milliarde Mkp. gegründet worden. Die Aufgabe der A.-G. besteht darin, einen modernen Mühlenbetrieb, gleichzeitig verbunden mit dem Handel von Getreide, zu betreiben. Das Aktienkapital ist von den Gründern übernommen worden. Mit dem Verkauf von Aktien ist die Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego beauftragt worden. Diese Bank bietet die Aktie zu nom. 1000 Mkp. mit 20 000 Mkp. an. Es dürfen nicht unter 10 000 Mkp. nom. gezeichnet werden.

Pleschener Dampfmühle (Pleszewski Młyn Parowy) T. A. Die Generalversammlung findet am 31. Oktober 1923, mittags 12 Uhr, im Sitzungssaal der Bank Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego statt. Kapitalserhöhung auf 70 Millionen Mkp. (M. P. 236.)

Miłosławska Fabryka Skór i Wyrobów Skórzanych T. A. in Milosław. Die Generalersammlung findet am Montag, dem 22. Oktober 1923, nachm. 3 Uhr, im Hotel Bazar in Miloslaw statt.

Börse.

‡ **Die polnische Mark am 17. 10. 23.** (A. W.) Es wurden gezahlt für 110 Mkp.: in **Danzig** 847 875—852 125, Auszahlung Warschau 698 250—701 750; **Wien.** Auszahlung Warschau 6,75—7,75 (Parität: 14,80). **Ofenpest.** Auszahlung Warschau 3—4,65 (Parität: 21,50). **Prag** Auszahlung Warschau 0,003 325—0,003 475 (Parität: 28 800). **Zürich.** Auszahlung Warschau 0,0006 (Parität: 166 900). **Neuyork** 0,000125, Ausz. Warschau (Parität: 800 000). **London** Ausz. Warschau 0,000232 (Parität: 4 300 000). **Kattowitz** 0,016 (625 000).

‡ **Ostdevisen in Berlin.** Ausz.: Bukarest 25 870 000 G. 26 130 000 B., 30 v. H., Kattowitz 6120 G., 6280 B., Riga 21 340 000 G., 21 660 000 B., Reval 15 880 000 G., 16 120 000 B., 60 v. H., polnische Mark 6240 G., 6560 B., 30 v. H., lettische Rubel 20 300 000 G., 21 300 000 B., estnische Mark 15 120 000 G., 15 880 000 B., Litauen 492 000 000 G., 518 000 000 B.

‡ **Der Dollar in Polen** errechnet aus der Danziger Parität **858 500** Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark). Die Goldmark **aus dem Danziger Kurs 204 275 Mark polnisch.**

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	19. Oktober	18. Oktober
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	25 000	—,—
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	30 000	33 000—32 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	50 000	50 000
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	30 000—35 000	27 000—30 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	8000	8000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	—,—	3000
Industrieaktien:		
R. Barcikowski I.—VI. Em. . . .	20 000	22 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	24 000—26 000	21 000—23 000
Centrala Skór I.—V. Em.	55 000	55 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em. (exkl. Kupons)	—,—	1 325 500
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	75 000	75 000
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em. .	28 000—31 000	25 000—28 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	9 500—10 000	10 000—9 500
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . . .	130 000-120 000	130 000
Juno I.—II. Em.	16 000	16 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	—,—	1 250 000-1 150 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	875 000-975 000	850 000-875 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	35 000	40 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	—,—	55 000
Orient I.—II. Em.	—,—	8 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em. .	—,—	18 000
S. Pendowski I.—III. Em.	35 000	35 000
Płótno I.—II. Em.	45 000	45 000
Pneumatik I.—III. Em.	4000	—,—
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	42 000—38 000	40 000
Tri I.—III. Em.	35 000	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	150 000-145 000	150 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . .	—,—	60 000—58 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . .	—,—	220 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	8 500	9 000—8 500
Zakłady Chem. Główna I.—II. Em.	—,—	20 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	40 000	40 000—35 000

Tendenz: schwach.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 19. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen . .	2 300 000—2 400 000	Braugerste .	1 600 000—1 700 000
Roggen . .	1 275 000—1 375 000	Weizenkleie . . .	750 000
Weizenmehl	3 900 000—4 200 000	Roggenkleie . . .	700 000
Roggenmehl (inkl. Säcke)	2 350 000—2 450 000	Hafer . . .	1 100 000—1 200 000
		Eßkartoffeln . .	360 000—390 000
Gerste . . .	1 200 000—1 300 000	Fabrikkartoffeln	280 000—300 000

Nachfrage nach Roggenmehl und Roggen ruhiger. Kleine Kartoffelvorräte. — Tendenz: nicht einheitlich.

Posener Viehmarkt vom 19. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: I. Sorte 7 600 000 M., II. Sorte 6 300 000 bis 6 500 000 M., III. Sorte 5 200 000—5 400 000 M. — **Kälber:** I. Sorte —,— M., II. Sorte 6 800 000 M., III. Sorte —,— M.

II. Schweine: I. Sorte 12 800 000—13 000 000 M., II. Sorte 11 800 000—12 000 000 M., III. Sorte 11 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 6 Ochsen, 57 Bullen, 70 Kühe, 66 Kälber, 374 Schweine, 460 Ferkel (6—8 Wochen alte 2 800 000—3 100 000 M. das Paar, 9 Wochen alte 3 400 000—4 000 000 M. das Paar), 12 Schafe, 109 Ziegen. — Tendenz: sehr lebaft.

Danziger Mittagskurse vom 19. Oktober.

Polenmark in Danzig 1 050 000
Dollar in Danzig 9 000 000 000

Warschauer Vorbörse vom 19. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau 0,0001
Dollar 1 040 000
Englische Pfund in Warschau . . . 7 600 000
Schweizer Franken in Warschau . . 173 000
Französischer Franken in Warschau . 61 000

Warschauer Börse vom 18. Oktober.

Devisen:

Belgien	51 300	Prag	28 900
Berlin und Danzig . . .	0,0001	Schweiz . . .	184 000—175 000
London . .	4 625 000—4 470 000	Wien	13.90
Neuyork	995 000—980 000	Italien	47 845
Paris	60 500—59 500		

Die heutige Ausgabe hat 4 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.